

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden  
Hauptredaktion: Postfach 1004  
Hauptverlag: Postfach 10011  
Schriftleitung: Postfach 10011  
Dresden - L. 1, Kottbusstraße 28/29

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 RM. (einschließlich 20 Pfg. für  
Zugabe), durch Vorbestellung 2,40 RM. (einschließlich 20 Pfg. Zugabe) (ohne Postgebühren)  
bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerorts 20 Pfg. Anzeigen-  
preise: Die erste Spalte 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für außerorts 40 Pfg., Samstagsanzeigen und  
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerorts 20 Pfg., die 20 mm breite Zeile 200 Pfg.,  
außerorts 250 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Dietrich & Reichardt,  
Dresden, Postfach 1004, 1008 Dresden  
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe  
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Erstes Spezialgeschäft

Schränkkoffer / Bahnkoffer / Schiffs-koffer / Hand-  
koffer / Necessairekoffer / Blusen- und Stadtkoffer  
Unerreichte Auswahl Nur beste



## Lederwaren und Reise-Artikel

Picknickkoffer / Reisekissen / Hutkoffer / Reiseplaid  
Rasieretuis / Flaconetuis / Becheretuis / Apotheken usw.  
Qualitäten Anerkannt niedrige Preise

# Entscheidende Stunden im Reichstag

## Wenn die Notverordnung aufgehoben würde...

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Dez. Ob die entscheidenden Abstimmungen über die Aufhebung der Notverordnung noch heute stattfinden, wird in parlamentarischen Kreisen bezweifelt. Sollte es dazu kommen, so ist erst am Spätnachmittag mit der Entscheidung zu rechnen. Obwohl man im Reichskabinett nach außen hin so tut, als ob keine Gefahr mehr für die Notverordnung bestünde, sollen die Erwägungen im Schoße des Kabinetts und unter Ausschluß der Öffentlichkeit doch etwas zurückhaltender sein. Anscheinend hält man die Möglichkeit, daß die Notverordnung doch aufgehoben werden wird, für nicht ganz ausgeschlossen, und man hat sich bereits mit der Frage beschäftigt, was zu geschehen habe, wenn dies eintreten sollte.

### Die Räte in der Regierungsberechnung ist nach wie vor die Sozialdemokratie.

Obwohl die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern beschlossen hat, dem Kabinett Brünings beizustehen, ist noch nicht zu übersehen, ob dieser Beschluß einstimmig gefaßt wurde und ob wirklich sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete dem Rufe ihrer Parteiführung folgten. Da zahlreiche Sozialdemokraten mit der kommunistischen Opposition liebäugeln, rechnet man damit, daß sich etwa 1/3 Duzend sozialistischer Abgeordneter nicht nur der Stimme enthalten, sondern für die Aufhebung der Notverordnung stimmen könnten.

Am Freitag wurde auch die Möglichkeit erörtert, die neue Notverordnung an die Ausschüsse zu überweisen, wie es die Wirtschaftspartei plant. Dazu wird erklärt, daß in diesem Falle der Reichskanzler seine Demission geben würde. Von anderer Seite wird erwartet, daß, falls die Notverordnung wider Erwarten zu Fall kommt, Brünings sich vom Reichspräsidenten die Order zur Auflösung des Reichstags geben lassen würde.

## Curtius' Stellung erschüttert

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Dez. Je mehr sich die Reichstagsausprache den entscheidenden Abstimmungen nähert, um so lebhafter wird es im Plenarsaal. — Nachmittags 5 Uhr wird es so weit sein. — Wieder wendet sich die Aussprache zum Teil der Außenpolitik an. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Kleiner hält eine großangelegte Anlagensprache gegen die Außenpolitik und das auswärtige Amt, wobei es beinahe zu Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten kommt. Beide Parteien gehen schon mit erhobenen Händen aufeinander los, und nur der festen Ruhe des Reichspräsidenten Stöhr gelingt es, Weiterungen zu verhindern. Die Sozialdemokraten benehmen sich im übrigen außerordentlich provokatorisch. Als Dr. Kleiner das amtliche Material über die Polenareel in Ostoberschlesien, an dem wohl nichts zu denken ist, vortrug, rief ein Sozialdemokrat: „Das sind ja Latrinenparolen!“

Die polnische Presse wird von diesem Zwischenruf scharflich mit größter Beugung Kenntnis nehmen. Ein Landvolksparteiler ruft den Sozialdemokraten zu, sie seien Verbrecher und erhält dafür einen Ordnungsruf. Im weiteren Verlauf der Debatte ergriff auch Graf Dietrich das Wort, der eine ernste Mahnung an das Kabinett richtete, außenpolitisch mit größerer Entschlossenheit vorwärtszuschreiten.

Unterdessen versuchte der Reichsaußenminister Dr. Curtius vergeblich, die vom Kabinett offenbar befürchtete außenpolitische Aussprache, wie man parlamentarisch zu sagen pflegt, abzuwenden. Die Reichsregierung trägt schon an Notverordnung und Etat genug und wird mit diesen beiden Punkten vielleicht gerade um die Spitze, in die Minderheit zu geraten, noch herumkommen.

Kommt aber die Außenpolitik auf Tapet, dann ist der Reichsaußenminister eigentlich kaum noch zu retten.

Zur Opposition steht in diesem Falle auch noch der Christlich-sozialistische Volksdienst. Das Zentrum ist zu gewissen Teilen dem Außenminister ebenfalls nicht grün, und in die Widerstandsfront haben sich auch die Volkswirtschaftlichen eingereiht. Das bedeutet, daß Dr. Curtius, wenn es zu einem Misstrauensvotum gegen ihn kommt, in der Minderheit bleibt, und das will der Reichskanzler unter allen Umständen verhindern. Der Reichsaußenminister nahm deshalb selbst am frühen Nachmittag des Sonnabends an den Beratungen des Reichsrates teil.

Er konnte aber mit seinem Wunsch, die außenpolitische Debatte, die für die nächste Woche vorgesehen ist, abzusehen, nicht durchbringen.

Die Entscheidung darüber wird nun im Plenum fallen müssen. Im übrigen einigte sich der Reichsrat dahin, daß der Reichstag nach einer kurzen Pause wegen des katholischen Feiertags am Montag auch noch am Dienstag der nächsten Woche eine Sitzung abhalten soll. Am Dienstag sollen einige Regierungsvorlagen, u. a. das Pensionsfürsorgegesetz zur Beratung gestellt werden. Außerdem müssen wahrscheinlich noch einige Abstimmungen über mit der Statthalter verbundene Gegenstände nachgeholt werden, falls es nicht mehr gelingen sollte, auch diese Restpunkte noch am heutigen Sonnabend zu erledigen. So wird die Entscheidung, ob außenpolitische Debatte oder nicht, aller Voraussicht nach am Schluß der Dienstagssitzung des Reichstages fallen.

(Reichstagsbericht auf Seite 2.)

## Lieber ein Pole als ein Nazi!

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Dez. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Kleiner, der gebürtiger Oberschlesier ist, hat im Laufe seiner heutigen Reichstagsrede auf einen Vorfall hingewiesen, der in der Tat für den Geist, der in der preussischen Verwaltung herrscht, bezeichnend wäre. Nach seiner Angabe haben die preussischen Behörden die Wahl eines Nationalsozialisten zum Vorsteher einer ober-schlesischen Gemeinde nicht bestätigt. Hieraus wurde die Behörde von den Ortsansässigen darauf hingewiesen, daß als zweiter Kandidat, auf den dann das Vorsteheramt übergeben müßte, ein Pole sei. Die behördliche Antwort, so teilt Dr. Kleiner mit, habe gelautet:

„Der zweite Kandidat sei kein Pole. Wäre er es doch, so würde das für die Behörde kein Hindernisgrund sein, ihn zum Gemeindevorsteher zu bestellen; die Befähigung eines Nationalsozialisten käme aber unter keinen Umständen in Frage.“

Von den amtlichen preussischen Stellen kann man zu dieser aussehenerregenden Mitteilung bisher noch keine Auskünfte erhalten. Es wird darauf verwiesen, daß man erst einmal an Ort und Stelle Auskunft einholen müsse.

# Der Todesnebel im Maastal

## Industrielle Gase die Ursache?

Berlin, 6. Dez. Die fürchterliche Nebelkatastrophe im Tale der Maas nimmt immer größere Ausdehnung an. Die Angaben über die Zahl der Todesfälle schwanken, jedoch scheinen über 50 Menschen innerhalb der letzten 48 Stunden umgekommen zu sein.

und man spricht von weit mehr als 100 Personen, die die Krankenhäuser aufsuchen mußten. Die Gründe, die diesen schrecklichen Erstickenstod verursacht haben, sind bisher noch nicht aufgeklärt. Obwohl gestern — anscheinend von industrieller Seite inspiriert — dementiert worden ist, daß es sich um Zinkgase handele, weil die dortigen Zinkfabriken die Arbeit eingestellt hätten, wird doch allgemein angenommen, daß irgendwelche industrielle Ausdünstungen die Vergiftungen hervorgerufen. Anscheinend hat den Giftgasen die ungewöhnliche Feuchtigkeit der Luft ihre Festhaltung in

der Tiefe erlaubt. Man hat festgestellt, daß in höhergelegenen Orten der gleichen Gegend die Dünste viel weniger Gefahr zu bergen scheinen. Personen, die mit Erstickenanfällen zu kämpfen begannen und die auf die Hügel ringsum geföhrt wurden, begannen sehr bald ihr Unwohlsein zu verlieren. Die Leute sollen wie die Fliegen umgefallen sein. Auch viele Kinder sind infolge der Giftschwaden umgekommen.

Der Nebel hat sich im Laufe des Freitags auch auf die nördlichen Provinzen Frankreichs ausgebreitet, doch sind irgendwelche Todesfälle oder Erkrankungen nicht zu verzeichnen gewesen.

Neues Erdbeben in Japan. In den frühen Morgenstunden des Sonnabends wurde ein Erdbeben in Osaka, Kyoto und Kobe verspürt. Das Epizentrum des Erdbebens lag in der Nähe von Osaka.

## Kultur bolschewismus im Schatten Brünings

In Berlin geschehen Dinge, die dem gesunden Empfinden des Volkes auf das schärfste widersprechen. Da steht bereits zum dritten Male der linksradikale Zeichner George Grosz vor Gericht, weil er sich durch eine widerwärtige Graphik, die Christus mit Gasmaske und Soldatenstiefeln am Kreuze darstellt, einer Verletzung der religiösen Gefühle unseres Volkes durch den einwandfreien Tatbestand der Gotteslästerung schuldig gemacht hat. Er sowohl wie der kommunistische Malerverlag, in dem das Bild erschienen ist, werden freigesprochen, da man aus dem Nachwerk auch die Deutung entnehmen könne, der Zeichner habe damit die „Kriegsmacht“ treffen wollen, die heute auch Christus ans Kreuz schlagen würde, unter der Devise: „Maul halten, weiter dienen“, die der Zeichnung als Unterschrift gegeben ist. Erfreulicherweise hat sich die Staatsanwaltschaft damit nicht zufrieden gezeigt, sondern Revision beim Reichsgericht eingelegt. Mit Recht, denn jeder normale Mensch, für den linksradikale Zerlegung nicht eine Selbstverständlichkeit Neuberliner Kultur ist, reagiert auf das Bild in derselben Weise wie der noch dazu von der Verteidigung geladene Geheimrat Kahl, der als Gutachter die strittigen Wälder in hohem Maße als anstößig empfand und die Unterschrift: „Maul halten, weiter dienen“ als von dem Christus des Bildes gesprochen aufnahm. Dieser Prozeß hat natürlich die ganze Linkspresse in Aufregung gebracht, einschließlich jener auchbürgerlichen Blätter, bei denen sich die Staatspartei für ihr Dabinsiedeln zu bedanken hat. Das „Berliner Tageblatt“ bringt es fertig, sich einen Quäker zu verschreiben, der, im Gegensatz zu evangelischen und katholischen Sachverständigen, in der Zeichnung keine Entweihung des höchsten christlichen Symbols sieht. Das wäre nun eine Geschmackssache, über die sich streiten ließe. Unerhört aber an dieser demokratischen Polemik ist die Ueberschrift: „Ein Christ und mehrere Theologen als Sachverständige.“ Und da wundert man sich, wenn die Wähler sich von der Demokratie fluchtartig abwenden, deren Organe sich eine die katholischen und evangelischen Sachverständigen so herabsetzende Gegenüberstellung von „Christ“ und „Theologen“ leisten dürfen.

Zufällige Erscheinungen? Nein, sondern das systematische Wirken dessen, was man als Kultur bolschewismus bezeichnet. Sein Wesen ist die bedenkenlose Verneinung und kritische Zerlegung aller Werte unseres Volkes, seien sie religiöser, sittlicher, kultureller, politischer oder künstlerischer Natur. Man könnte selbstverständlich gegen Kritik an den überlieferten kulturellen Werten unseres Volkes nichts einwenden haben, wenn diese Kritik eine positive wäre, wenn sie, weil besser, sich als des Guten Feind erwiese. Aber all diese Erscheinungen sind durch Unfähigkeit gekennzeichnet, um Werte hervorzuheben. Sie zerlegen, sie verneinen, sie reden von Fortschritt und Menschlichkeit, und sie bringen in Wirklichkeit Reaktion und Fäulnis, aber keine neuen Kulturwörter. Nehmen wir die Stüde auf den kommunistischen Bühnen Berlins. Unter dem Dogma der Freiheit der Kunst — des sogenannten Aufklärungsstückes gegen den § 218 tritt oben drein noch die Behauptung von der Freiheit der Wissenschaft hinzu — finden künstlerisch wertlose, aber in ihrer Absicht zersetzende Nachwerke ihren Weg ins Volk. Und empört sich einmal der gesunde Instinkt der Betrachter, dann erwidert das formale Recht die Weiterverbreitung von Fäulniserscheinungen, die letzten Endes Volk und Staat vergiften.

Es ist nicht ein Skandal, daß die „Internationale der Gottlosen“, jene berüchtigte russische Organisation, es dieser Tage wagen konnte, ihren Sitz von Moskau nach Berlin zu verlegen? Nachdem diese Organisation die Ausrottung des Christentums in Rußland mit den Mitteln brutaler Gewalt erfolgreich zu Ende geführt hat, soweit sich das Reichsgebiet überhaupt durch Terror unterbrücken läßt, hält sie anscheinend ihre Zeit für gekommen, sich nach einem neuen ergiebigeren Feld ihrer Tätigkeit umzusehen. Die preussische Regierung aber sieht dem ruhig zu, obwohl dieser Verband, an dessen Geschichte das Blut von Tausenden und aber Tausenden zu Tode gequälter Christen in Rußland fließt, eine Herausforderung der gesamten deutschen Christenheit aller Konfessionen bedeutet, wie sie schlimmer nicht mehr gedacht werden kann. So sehr triumphiert der Kultur bolschewismus in Deutschland denn doch noch nicht, als daß das deutsche Volk nicht verlangen könnte, daß die Niederlassung dieser Terrororganisation in Deutschland sofort verboten werden muß und ihre nichtdeutschen Angehörigen aus Deutschland ausgewiesen sind.

Ebenso bezeichnend wie die Niederlassung der Gottlosen zentrale in Berlin ist vielleicht ein dieser Tage bekannt